



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Odezwa przedstawiająca petycję zgromadzenia urzędników publicznych z dnia 11.11.1917 r. w Opawie przedłożoną Ministrowi Finansów

Liczba stron oryginału

3

Liczba plików skanów

4

Liczba plików publikacji

4

Sygnatura/numer zespołu

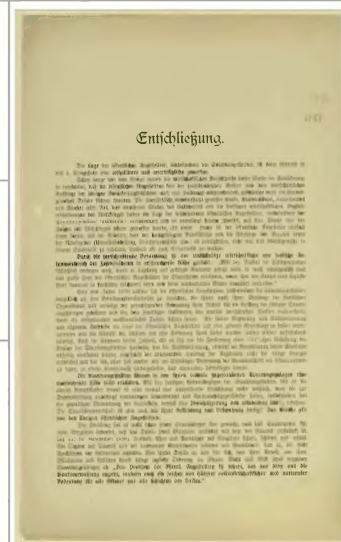
TR 067.054

Data wydania oryginału

1917

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



**Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.**



**NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY**

KULTURA+



Entschliebung.

Die Lage der öffentlichen Angestellten, insbesondere der Staatsangestellten, ist beim Eintritt in das 4. Kriegsjahr eine **unhaltbare und unerträgliche** geworden.

Schon lange vor dem Kriege waren die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Klasse der Bevölkerung so verelendet, daß die öffentlichen Angestellten kein der fortschreitenden Kultur und dem wirtschaftlichen Aufstiege der übrigen Bevölkerungsschichten auch nur halbwegs entsprechendes, geschweige denn ein standesgemäßes Dasein führen konnten. Die unersättliche Gewinnsucht gewisser Kreise, Preistreiberei, Kettenhandel und Wucher aller Art, das ungeheure Sinken des Geldwertes und die sonstigen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Weltkrieges haben die Lage der festbesoldeten öffentlichen Angestellten, insbesondere der Staatsangestellten katastrophal verschlechtert und es unterliegt keinem Zweifel, daß kein Stand von den Folgen des Weltkrieges härter getroffen wurde, als dieser. Heute ist der öffentliche Angestellte vielfach ärger daran, als der Arbeiter, dem der hochgestiegene Arbeitslohn und die Fürsorge des Staates sowie der Arbeitgeber (Unterhaltsbeitrag, Ernährungshilfe usw.) es ermöglichen, nicht nur das Gleichgewicht in seinem Haushalte zu erhalten, sondern oft auch Ersparnisse zu machen.

Durch die fortschreitende Verarmung ist der vollständige wirtschaftliche und seelische Zusammenbruch der Festbesoldeten in erschreckende Nähe gerückt. „Wie der Soldat im Schützengraben schließlich versagen muß, wenn er tagelang auf gekürzte Nationen gesetzt wird, so muß naturgemäß auch das große Heer der öffentlichen Angestellten im Hinterlande erlahmen, wenn ihm der Kampf ums tägliche Brot dauernd so furchtbar erschwert wird und seine wiederholten Bitten ungehört verhallen.“

Seit dem Jahre 1870 mühen sich die öffentlichen Angestellten, insbesondere die Staatsangestellten vergeblich ab, jene Besoldungsverhältnisse zu erreichen, die ihnen nach ihrer Stellung im staatlichen Organismus und vermöge der grundlegenden Bedeutung ihrer Arbeit für die Existenz der übrigen Staatsangehörigen gebühren und die, dem jeweiligen Geldwerte, den jeweils herrschenden Preisen entsprechend, ihnen ein einigermaßen auskömmliches Dasein sichern sollen. Nie haben Regierung und Volksvertretung aus eigenem Antriebe die Lage der öffentlichen Angestellten auf eine gesunde Grundlage zu stellen unternommen und die Kämpfe der letzteren um eine Besserung ihres Loses wurden immer wieder aufschiebend erledigt. Auch im Sommer dieses Jahres, als es sich um die Forderung einer 100%igen Erhöhung der Bezüge der Staatsangestellten handelte, hat die Volksvertretung, obwohl die Berechtigung dieses Wunsches allseitig anerkannt wurde, angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung nicht die nötige Energie entwickelt und hat sich, ohne sich vorher mit der Ständigen Vertretung der Beamtenschaft ins Einvernehmen zu setzen, zu einem Kompromiß herbeigelassen, das niemanden befriedigen konnte.

Die Staatsangestellten können in den ihnen damals zugestandenen Teuerungszulagen eine ausreichende Hilfe nicht erblicken. Mit den heutigen Gesamtbezügen der Staatsangestellten bis in die oberen Rangklassen hinauf ist nicht einmal eine ausreichende Ernährung mehr möglich, denn die zur Daseinsfristung unbedingt notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände haben, insbesondere seit der gewaltigen Verteuerung der Kartoffeln, bereits eine **Preissteigerung von mindestens 500%** erfahren. Die Staatsbeamtenschaft ist aber auch mit ihrer Bekleidung und Beschuhung fertig! Das Gleiche gilt von den übrigen öffentlichen Angestellten.

Der Weltkrieg hat es wohl schon jedem Staatsbürger klar gemacht, was das Staatswesen für jeden Einzelnen bedeutet, daß das Dasein jedes Einzelnen unlöslich mit dem des Staates verknüpft ist, daß nur die Gesamtheit Leben, Freiheit, Ehre und Vermögen des Einzelnen sichert, schützt und erhält. Die Organe des Staates und der autonomen Gemeinwesen (Länder und Gemeinden) sind es, die diese Funktionen der Gesamtheit ausüben. Von ihrem Dasein an und für sich, von ihrer Arbeit, von ihrer Pflichttreue und sittlichen Kraft hängt jegliche Ordnung im Staate, Wohl und Weh jedes einzelnen Staatsangehörigen ab. „Das Problem der öffentl. Angestellten ist keines, das nur diese und die Staatsverwaltung angeht, sondern auch ein solches von höchster volkswirtschaftlicher und nationaler Bedeutung für alle Glieder und alle Schichten des Volkes.“

Im Vollbewußtsein dieser ihrer Bedeutung für Staat und Gesellschaft und im Hinblick auf die unter Anspannung aller geistigen und körperlichen Kräfte **in drei schweren Kriegsjahren geleistete Arbeit für Volk und Staat** fühlen sich die **öffentlichen** und insbesondere die **Staatsangestellten** zu dem Verlangen berechtigt, daß Regierung und Parlament ihnen zumindest die gleiche Fürsorge zuwenden, deren sich nicht nur die Arbeiterschaft, sondern selbst jene Bevölkerungskreise erfreuen, die kräftig genug sind, um der Prämien zu entbehren, die ihnen ohne ihren Willen zuteil werden.

Der Staat allein kann und muß ihnen Hilfe bringen und **an den Mitteln kann es nicht fehlen, — wenn der Wille zur helfenden Tat vorhanden ist. Was der ungarische Staat für seine Angestellten tun kann, muß auch dem österreichischen Staate möglich sein.** Ersparnisse am rechten Orte, wie etwa bei den Unterhaltsbeiträgen auf dem Lande, Ersparnisse in sämtlichen Verwaltungszweigen durch mehrjährige Sperre der Neuaufnahmen in den Staatsdienst nach dem Vorschlage des Oberlandesgerichtsrates Voebell, Beseitigung unnötiger Kontrollorgane, Erhöhung der Machtbefugnisse, aber auch der Verantwortung des einzelnen Angestellten, Zusammenlegung der Verwaltungs- und Gerichtsbezirke, Einschränkung des Instanzenzuges u. s. w. würden Hunderte von Millionen Kronen freimachen, die zur Besserung der Lage der Staatsangestellten verwendet werden könnten, ohne daß der Bevölkerung neue Lasten aufgebürdet werden müßten.

Auf Grund dieser unwiderleglichen Tatsachen erklären die am 11. November 1917 im Stadttheater zu Troppau versammelten öffentlichen Angestellten Schlesiens, daß die bisherigen vom Herrn Ministerpräsidenten und vom Herrn Finanzminister den Abordnungen der Ständigen Vertretung der österr. Staatsbeamtenvereine erteilten Antworten unbefriedigend sind und auf einer Verkennung der wahren Sachlage beruhen und stellen an Regierung und Parlament mit allem Nachdrucke nachstehende Forderungen:

I. Als sofortige Hilfsmaßnahmen:

1. Gewährung einer einmaligen, nach der Zahl der zu versorgenden Familienmitglieder abgestuften **Anschaffungsbeihilfe** im Verhältnisse zu den jetzigen Kleider-, Wäsche- und Schuhpreisen.
2. **Erhöhung der Teuerungszulagen und Novellierung der Teuerungszulagen-Verordnung** in der Richtung, daß auf jedes unversorgte Kind, auf Eltern, unversorgte Geschwister und Familienangehörige, für die tatsächlich gesorgt werden muß, uneingeschränkt Rücksicht genommen wird.
3. Desgleichen Erhöhung der Teuerungszulagen und Novellierung der Teuerungszulagenverordnung nach den gleichen Grundsätzen auch bezüglich der bereits im Ruhestande befindlichen Angestellten.
4. **Doppelzählung der Kriegsjahre** für die Gehaltsstufen- und Zeitvorrückung sowie für die in den Ruhegenuß anrechenbare Dienstzeit.
5. **Neuregelung der Gebühren** für Dienstreisen, Supplierungen, Überstunden und außergewöhnliche Dienstleistungen sowie der Gebühren für Übersiedelungen.
6. Gewährung derselben **Fahrtbegünstigungen** auf den k. k. Staatsbahnen an Staatsangestellte und ihre Angehörigen wie an Offiziere und deren Familien.
7. **Staatliche Förderung der wirtschaftlichen Organisationen** der Staatsangestellten, Überlassung staatlich bewirtschafteter Erzeugnisse an Staatsangestellte und deren Organisationen zu den Eigenpreisen, Herstellung von Bedarfsartikeln für Staatsangestellte in Strafanstalten, Gefängenhäusern u. dgl., Beschaffung von Kleidern, Wäsche und Schuhen mit staatlicher Beihilfe.
8. Beförderung aller Angestellten, die bereits im Genusse der Bezüge der höheren Rangklasse stehen, in diese Rangklasse.

II. Als Mittel zur grundlegenden Regelung und Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Staatsangestellten:

1. Neuordnung der **Aktivitätsbezüge**,
2. Neuordnung der **Ruhe- und Versorgungsgenüsse**; zu 1. und 2. im Sinne der von der Ständigen Vertretung der österr. Staatsbeamtenvereine noch näher zu formulierenden Vorschläge vom L.-G.-R. Dr. Luz und Professor Dr. Volkan, selbstverständlich unter Berücksichtigung der bereits im Ruhestande befindlichen Angestellten.

Hierbei wird insbesondere die Zeitvorrückung in die 6. Rangklasse für die akademisch gebildeten Beamten nach Ablauf von acht mit den Bezügen der 7. Rangklasse zurückgelegten Dienstjahren sowie die 30jährige Dienstzeit für diese Gruppe von Beamten nicht zu übersehen sein. Gegen die von verschiedenen Seiten **geplante Aufhebung der Freizügigkeit der Beamten im Ruhestande** durch Einführung eines gesetzlichen Verbotes der Annahme von Privatstellen usw. wird schon jetzt **auf das Entschiedenste protestiert**, da ein solches Verbot den letzten Rest von Selbständigkeit und moralischer Unabhängigkeit bei der Beamtenschaft, die letzte Hoffnung auf Rettung aus oft unerträglicher Lage zu vernichten geeignet ist.

3. Überleitung der **staatlichen Vertragsbeamten** in das Staatsbeamtenverhältnis.

4. Errichtung von Erziehungsanstalten für Beamtenkinder nach dem Muster der betreffenden Anstalten für Offizierskinder.
5. Errichtung von **Krankenkassen** mit freier Arztwahl und Anspruch auf unentgeltliche Unterbringung in Heilanstalten, Errichtung von **Kurhäusern** für Staatsangestellte nach dem Muster der Militärkurhäuser.
6. Dauernde Aufhebung der **Diensttagen**, Dienstverleihungsgebühr und des Quittungstempels sowie der **Pensionsbeiträge**, Übernahme der Personaleinkommensteuern durch den Staat, Aufhebung der Besoldungssteuer.
7. Einleitung einer wirksamen **Einschuldungsaktion**.
8. **Wohnungsfürsorge** durch Bau von Beamtenwohnhäusern, Herstellung von Wohnungen bei Neubauten von Amtsgebäuden, Förderung der Beamtenbaugenossenschaften, Verpflichtung der Gemeinden zur eventuellen Beistellung standesgemäßer Wohnungen (vergl. Militärbequartierung).

Alle diese Maßnahmen (I. und II.) sind sinngemäß auf die Staatslehrpersonen, Staatseisenbahnbediensteten, Postmeister und dekretmäßig bestellte Postanstaltsbeamten beiderlei Geschlechtes, die Fondsbeamten und staatlichen Vertragsbeamten, die Staatsdienerschaft sowie die Finanzwachangestellten auszudehnen.

Nach den gleichen Grundsätzen sind auch die Landes- und Gemeindeangestellten sowie die Lehrpersonen an Volks- und Bürgerschulen zu behandeln. Die Mittel hierzu muß und wird die unausbleibliche Reform der Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften bieten, der sich der Staat nicht länger mehr wird entziehen können.

Die öffentlichen Angestellten Schlesiens machen die beiden Häuser des Reichsrates, die Reichsregierung und alle maßgebenden Körperschaften auf den hohen Ernst der Lage aufmerksam und erwarten mit Bestimmtheit, daß diese rasche und wirksame Hilfe schaffen werden. Sollten die öffentlichen Angestellten, insbesondere jene des Staates sich in ihren Erwartungen abermals getäuscht sehen, dann wird ihnen allerdings nichts anderes übrig bleiben, als bei Seiner Majestät, ihrem allergnädigsten Kaiser und Herrn, Hilfe zu suchen, dessen Gerechtigkeitsinn, Hochherzigkeit und Tatkraft die Gewähr dafür bieten, daß er ihren gerechten Bitten die Erfüllung nicht versagen wird.